Indonesiens Präsident ernennt Beauftragten für religiösen Dialog

25. Oktober 2017

Jakarta (KNA) Der indonesische Präsident Joko Widodo hat einen Sonderbeauftragten für den Dialog zwischen den Religionen ernannt.

Din Syamsuddin, Ex-Vorsitzender der Muhammadiyah, der mit rund 30 Millionen Mitgliedern zweitgrößten islamischen Massenorganisation Indonesiens, solle den „interreligiösen Dialog entwickeln“, zitierte die staatliche Nachrichtenagentur Antara News (Dienstag) den Präsidenten. Zudem gehe es darum, die auf der „Pancasila basierte Kultur und Zivilisation Indonesiens zu fördern“. Die fünf Prinzipien der Pancasila bilden die Grundlage der säkularen indonesischen Verfassung. Zu den Grundsätzen gehören der „Glaube an den einen Gott“, die „Demokratie“ und die „soziale Gerechtigkeit für alle Indonesier“.

Din Syamsuddin habe die Ernennung bereits angenommen, so Antara News. „Ich denke, dieser Job ist ein Kampf im Einklang mit der Verfassung. Ich werde diesen Auftrag als Dienst an der Nation und dem Staat erfüllen“, betonte er. In Indonesien, weltweit das Land mit dem größten muslimischen Bevölkerungsanteil, wird die Pancasila zunehmend durch erstarkende islamistischen Organisationen in Frage gestellt. Ende 2016 forderten Hunderttausende Muslime bei einer Demonstration gegen den damaligen christlichen Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja „Ahok“ Purnama, die Abschaffung der Pancasila und die Umwandlung Indonesiens in ein islamisches Kalifat. Präsident Widodo hat seitdem die Gangart gegen islamistische Organisationen verschärft. Vor wenigen Monaten wurde etwa die radikale, salafistische Organisation Hizbut Tahrir Indonesia (HTI) verboten.

(KNA – rlkmo-89-00083)

Stand: 27. November 2026